



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 18. Februar 2016
(OR. en)

6251/16

LIMITE

CLIMA 17
ENV 78
ONU 18
DEVGEN 22
ECOFIN 115
ENER 33
FORETS 9
AGRI 71
MAR 52
AVIATION 28
COMPET 61

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Delegationen

Betr.: Folgemaßnahmen zur COP 21 (Klimarahmenkonvention)
- Orientierungsaussprache
= Die Rolle der Kohlenstoffbindung im Kontext des Pariser
Übereinkommens und der Klimapolitik der EU bis 2030
= Informationen der polnischen Delegation

Folgemaßnahmen zur COP 21 (Klimarahmenkonvention)

- Orientierungsaussprache
- = Die Rolle der Kohlenstoffbindung im Kontext des Pariser Übereinkommens und der Klimapolitik der EU bis 2030
- = Informationen der polnischen Delegation

Im Hinblick auf die Tagung des Rates (Umwelt) am 4. März 2016 erhalten die Delegationen in der Anlage einen informativischen Vermerk der polnischen Delegation.

Die Rolle der Kohlenstoffbindung im Rahmen des Pariser Übereinkommens und der Klimapolitik der EU bis 2030 – ein Vermerk der polnischen Delegation –

Wälder spielen nicht nur für die Gesellschaft, die Wirtschaft und den Schutz der biologischen Vielfalt eine wichtige Rolle, sondern auch für die Klimapolitik, insbesondere auf dem Gebiet der Schadensbegrenzung. Wälder stellen nicht nur einen enormen Kohlendioxidbestand dar, sie besitzen auch ein hohes Klimaschutzpotenzial, das durch die Umsetzung zusätzlicher forstwirtschaftlicher Tätigkeiten weiter erhöht werden kann. Es wäre unfair den Ländern gegenüber, die ihre Wälder auf vorbildliche Weise bewirtschaften, ihre zusätzlichen umweltfreundlichen Maßnahmen in der künftigen Klimapolitik sowohl weltweit als auch auf EU-Ebene nicht entsprechend zu berücksichtigen. Die Kohlenstoffbindung durch Wälder sollte zumindest gleich behandelt werden wie andere Reduktionsmaßnahmen, wenn nicht sogar vorrangig. Dies steht im Einklang mit der biologischen Vielfalt und dem Bodenschutz sowie mit der Ernährungssicherheit.

Die gebührende Anerkennung der Anstrengungen, die im Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) unternommen werden, kann geeignete Anreize für größere Investitionen in diesem Sektor bieten. Das Klimaschutzpotenzial der Wälder sollte durch die Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen in der Forstwirtschaft erhöht werden. Verstärkte Anreize für die Steigerung des Klimaschutzpotenzials der Wälder werden die Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Kostenwirksamkeit politischer und weiterer Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels gewährleisten. Hierbei handelt es sich um einen Grundsatz aus dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, der eine Grundlage für die kostenoptimale Förderung von Klimaschutzmaßnahmen bildet. Kohlenstoffbindung über den Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) ist eine kostenwirksamere Methode als die Durchführung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage – CO₂-Abtrennung und -Speicherung). Im Falle Polens ist die geothermische Energie eine weitere kostenwirksame Kohlenstoffbindungsmethode.

Im Pariser Übereinkommen beruft man sich auf das VN-Übereinkommen und ermutigt die Vertragsparteien, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um das Bindungspotenzial für Treibhausgase von Wäldern zu steigern und die Anrechnung des Abbaus in der Zukunft zu ermöglichen. Die EU hat in ihren beabsichtigten nationalen Beiträgen unmissverständlich erklärt, dass die Umsetzung des Ziels der Senkung um 40 % unter Beteiligung des Bereichs Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) erreicht werden wird. Spezifische Maßnahmen in dieser Hinsicht bleiben noch offen.

Gemäß den obigen Ausführungen sollten die Vorteile, die sich aus einer erhöhten Kohlenstoffbindung durch die Wälder ergeben, in der Klimapolitik der EU für die Zeit nach 2020 angemessen zur Geltung kommen. Gäbe es die Möglichkeit, innerhalb des EU-EHS-Rahmens Gutschriften aus Senken zu verwenden, dann wäre dies ein Anreiz für andere Mitgliedstaaten, ihre Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und zusätzliche forstwirtschaftliche Maßnahmen umzusetzen. Die Aufnahme von Gutschriften aus Senken in das EU EHS würde die nachhaltige Forstwirtschaft in der EU stärken.

Polen äußert große Hoffnung, dass Vorschläge zur Einbindung des Bereichs Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) in die EU-Klimapolitik bis 2030, die Polen in Kürze im EU-Rahmen vorlegen wird, auf die Akzeptanz anderer Mitgliedstaaten stoßen werden. Bei den Vorschlägen wird es sich vor allem um Lösungen handeln, die in der gesamten EU umgesetzt werden können und vereinheitlichte, transparente und gleiche Regeln für alle Mitgliedstaaten einführen; sie werden auf vorhandenen Lösungen basieren, die innerhalb des EU EHS Anwendung finden.
